

Nr. 5



Information

Dominik H. Enste

Bedingungsloses

**GRUNDEINKOMMEN**

Traum oder Albtraum  
für die Soziale Marktwirtschaft?

ROMAN HERZOG **INSTITUT**



Dominik H. Enste

## Bedingungsloses Grundeinkommen

Traum oder Albtraum für die Soziale Marktwirtschaft?

Kapitel	Inhalt	Seite
1	Ein grundloses Einkommen für Jedermann?	2
2	Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Stück Sozialismus im Markt?	3
3	Fakten und Modelle zur Idee des Bürgergelds	6
4	Utopisches versus realistisches Menschenbild	12
5	Einbahnstraße versus Reziprozität	15
6	Subsidiarität versus Paternalismus	16
7	Empirie: Förderung der Chancengerechtigkeit oder des devianten Verhaltens?	17
8	Konkrete Probleme: Alle für einen oder einer für alle?	19
9	Fazit: Bedürftigkeitsgeprüftes Grundeinkommen?	20
10	Ausblick: „Die Gesellschaft von morgen“	21
	Literatur	22
	Der Autor	24

## 1 Ein grundloses Einkommen für Jedermann?

In der aktuellen Debatte über die Ausgestaltung und Finanzierbarkeit des Sozialstaates gibt es immer mehr Befürworter für die Einführung eines Bürgergeldes beziehungsweise Grundeinkommens oder auch einer negativen Einkommensteuer. Diese gebündelte Form von Sozialtransfers soll das Arbeitslosengeld II und andere Sozialleistungen ersetzen. Hintergrund dafür ist, dass die derzeitigen umlagefinanzierten Sozialversicherungen – insbesondere die Regelungen zum Arbeitslosengeld II und zur Sozialhilfe – nicht nachhaltig ausgestaltet sind, wodurch die Arbeitsanreize für einige Personengruppen zu gering sind und das System zu bürokratisch und intransparent ist.

Manche Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens fordern ein gebündeltes Transfereinkommen eher aus pragmatischen, ökonomischen Gründen. Andere hingegen

verfolgen visionäre bis utopische Vorstellungen einer Gesellschaft, bei der jedem ein bedingungsloses Grundeinkommen von bis zu 1.500 Euro monatlich zur Verfügung stehen soll. Ob Zeitungsausträger oder Millionär, ob Studentin oder Arbeitsloser, jeder Bürger in Deutschland soll gemäß diesen Vorstellungen ein Bürgergeld zwischen 625 und 1.500 Euro erhalten.

Weitgehend unklar sind bislang allerdings die Folgen eines solchen „grundlosen“ Einkommens für Wirtschaft und Gesellschaft. Zwar dürfte der Einzelne in diesem Fall neue Freiheiten gewinnen, doch drohen der Gesellschaft auf der Makroebene womöglich kaum finanzierbare Belastungen und unkalkulierbare Risiken. Der Umstieg von den heute üblichen Sozialleistungen auf das bedingungslose Grundeinkommen entspricht nach Ansicht zahlreicher Ökonomen einer Herztransplantation, die nur im äußersten Notfall riskiert werden sollte. Dagegen genüge zur Verringerung der Intransparenz und der hohen Bürokratiekosten im bestehenden

Umverteilungssystem womöglich schon eine Fitnesskur für den Sozialstaat.

Aber Ökonomen sehen die Welt generell mit anderen Augen als der Durchschnittsbürger – und auch anders als Journalisten und Lehrer, wie eine aktuelle Studie am Institut für Wirtschafts- und Sozialpsychologie der Universität zu Köln (Fetchenhauer/Haferkamp, 2007) herausgefunden hat. Die Begeisterung für ein Grundeinkommen ist demnach bei vielen Menschen groß und eine differenzierte Analyse, die über rein ökonomische Überlegungen hinausgeht, erscheint sowohl notwendig als auch lohnenswert.

Dabei geht es an dieser Stelle nicht um eine Zusammenfassung der ziemlich unübersichtlichen Diskussion über die zahllosen, in der Ausgestaltung und den Zielen häufig weit auseinanderliegenden Grundeinkommens- oder Bürgergeldkonzepte. Ziel ist vielmehr, kritisch zu hinterfragen,

- (1) ob die Grundeinkommensmodelle die Probleme des Sozialstaates tatsächlich lösen können,
- (2) welche Reformnotwendigkeiten sich beim Vergleich des Status quo mit den Grundeinkommensmodellen an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt und Sozialtransfers ergeben und
- (3) welche Lehren aus dieser Debatte für die Gestaltung der Gesellschaft von morgen gezogen werden können.

## 2 Bedingungsloses Grundeinkommen – Ein Stück Sozialismus im Markt?

In der aktuellen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Debatte gibt es immer mehr Indizien dafür, dass nach einigen durchaus erfolgreichen Reformschritten in Richtung von mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb und weniger Staat das Pendel wieder in die andere Richtung ausschlägt. Hinter bestimmten, vor allem tagespolitisch motivierten Forderungen (wie zum Beispiel Mindestlohn, Generalrevision der Hartz-IV-Gesetze, längere Auszahlung des ALG II usw.) verbirgt sich dabei auch eine Sehnsucht nach der vermeintlich sorgenfreien und staatlich geordneten Welt des Sozialismus. Bevölkerungsumfragen, aber auch Studien von Wirtschaftspsychologen (zum Beispiel Fetchenhauer/Fischer, 2007) und renommierten Ökonomen (zum Beispiel Buchanan, 1975) weisen auf dieses Phänomen hin.

Dem Individuum wurden im real praktizierten Sozialismus in der DDR zwar in vielfältiger Weise Freiheiten (Meinungsfreiheit, Reisefreiheit, Berufswahlfreiheit, Konsumentensouveränität usw.) verwehrt, damit wurde den Menschen aber auch viel an Verantwortung und Entscheidungsnotwendigkeiten abgenommen, sodass das Leben in mancher Hinsicht einfacher war. Die Informationsflut im Kapitalismus und die größere Eigenverantwortung scheinen die Menschen demgegenüber zunehmend zu überfordern. Das bedingungslose Grundeinkommen – zum Beispiel in der von Götz Werner vertretenen Form – liefert

deshalb eine willkommene ideologische Basis für den Wunsch, ein Stück Sozialismus in die Marktwirtschaft hinüberzuretten. Die glänzenden Augen vieler Zuhörer, denen Professor Werner auf seinen Veranstaltungen den Traum vom anthroposophischen Menschen näherbringt, der sorgenfrei das tun kann, was er möchte und nicht mehr arbeiten muss, um für sich selbst oder seine Familie zu sorgen, machen deutlich, welche verführerische Gefahr in dieser Idee liegt.

Eine systematische Auseinandersetzung mit dem Konzept des Bürgergeldes muss deshalb zum einen dessen Stärken und Schwächen aufzeigen. Es sollte zum anderen aber auch offenlegen, welche Grundprinzipien unserer Sozialen Marktwirtschaft – wie zum Beispiel das Subsidiaritätsprinzip und die Bedürftigkeitsprüfung als Voraussetzung für staatliche Leistungen – gefährdet wären oder gänzlich verloren gingen, wenn die Gesellschaft von morgen einer solchen Zukunftsvision folgen würde.

Das Grundeinkommen soll eine Vielzahl der aktuellen Probleme unseres Sozialstaates lösen. Dazu zählen:

- ▶ **Armutsvermeidung:** Ein Grundeinkommen auf großzügigem Niveau soll durch die Trennung von Arbeit und Einkommen selbstbestimmte, erfüllende Arbeit und freie Entfaltungsmöglichkeiten jenseits wirtschaftlicher Zwänge bieten.
- ▶ **Arbeitsmarkt:** Durch einen besseren Übergang zwischen Transferbezug und Steuerzahlung (Grundidee der negativen Einkommensteuer) soll der Anreiz zur Arbeitsaufnahme besonders für Geringqualifizierte verstärkt und in

der Folge die strukturelle Arbeitslosigkeit – das Hauptproblem des deutschen Arbeitsmarktes – verringert werden.

- ▶ **Bürokratieabbau:** Durch die Zusammenführung von Sozialsystem und Steuersystem sollen unnötige Verwaltungskosten eingespart und bürokratische Hürden (wie die Bedürftigkeitsprüfung für den Transferbezug) abgebaut werden. Zahlreiche Verwaltungsarbeiten bei den Sozialversicherungen und den Trägern der Sozialhilfe sollen demnach entfallen.
- ▶ **Gerechtigkeit:** Neiddebatten und als ungerecht empfundene Einkommensverteilungen sollen durch ein Grundeinkommen für alle vermieden werden (vgl. Enste, 2008).
- ▶ **Konsumsteuer:** Statt über die Lohn- und Einkommensteuer soll das Grundeinkommen über Verbrauchsteuern (von bis zu 30 Prozent) finanziert werden. Gleichzeitig soll das Steuersystem radikal vereinfacht werden – im Extremfall bei einem einheitlichen Steuersatz (Flat Rate Tax), der negative Leistungsanreize vermeiden soll.
- ▶ **Sozialausgaben:** Steigende Ausgaben für die soziale Sicherung unter anderem aufgrund des demografischen Wandels sollen mithilfe des Grundeinkommens gedeckelt werden, um die Finanzierbarkeit des Sozialsystems dauerhaft zu gewährleisten.
- ▶ **Sozialhilfe:** Die vermeintliche Stigmatisierung von Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfängern soll dadurch vermieden werden, dass ein Universalanspruch für jeden besteht.

- ▶ Wachstum: Durch die Verringerung der Lohnzusatzkosten soll das Wirtschaftswachstum angeregt und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft gestärkt werden.

Bereits diese wenigen Stichworte veranschaulichen, dass mit dem Grundeinkommen auf einen Schlag die wichtigsten und größten Probleme der Sozialen Marktwirtschaft – wie das beschäftigungsfeindliche Steuer- und Sozialsystem, das wachstumsschädliche Bürokratie- und Regulierungsniveau sowie der wohlfahrtsdämpfende demografische Wandel – bewältigt werden sollen.

Die Debatte um das Grundeinkommen bietet aber nicht nur die Gelegenheit, anhand eines konkreten alternativen Politikkonzeptes über

Lösungen der aktuellen Herausforderungen für den Sozialstaat zu diskutieren, sondern eröffnet gleichzeitig auch die Chance, grundlegende Errungenschaften, Werte und Vorzüge der Sozialen Marktwirtschaft zu erläutern. Seit dem Untergang des Sozialismus gibt es zum marktwirtschaftlichen System – zu seinen Stärken ebenso wie zu seinen Schwächen – keine real existierende Alternative mehr. Zahlreiche Ökonomen haben deshalb bereits 1990 davor gewarnt, dass die Ideale des Sozialismus in zehn bis 15 Jahren eine Renaissance erfahren würden. Diese RHI-Information will auf entsprechende Gefahren hinweisen und den Blick dafür schärfen, diese Entwicklung aufmerksam zu beobachten und zu begleiten.

### 3 Fakten und Modelle zur Idee des Bürgergelds

Der deutsche Staat hat im Jahr 2006 rund 700 Milliarden Euro für Sozialleistungen ausgegeben. Dies entspricht Ausgaben pro Kopf vom Baby bis zum Greis in Höhe von rund 8.500 Euro (Abbildung 1). Im OECD-Vergleich liegt Deutschland mit einer Nettosozialleistungsquote von rund 30 Prozent des Bruttoinlandsprodukts hinter Frankreich auf Platz 2 – also sogar knapp

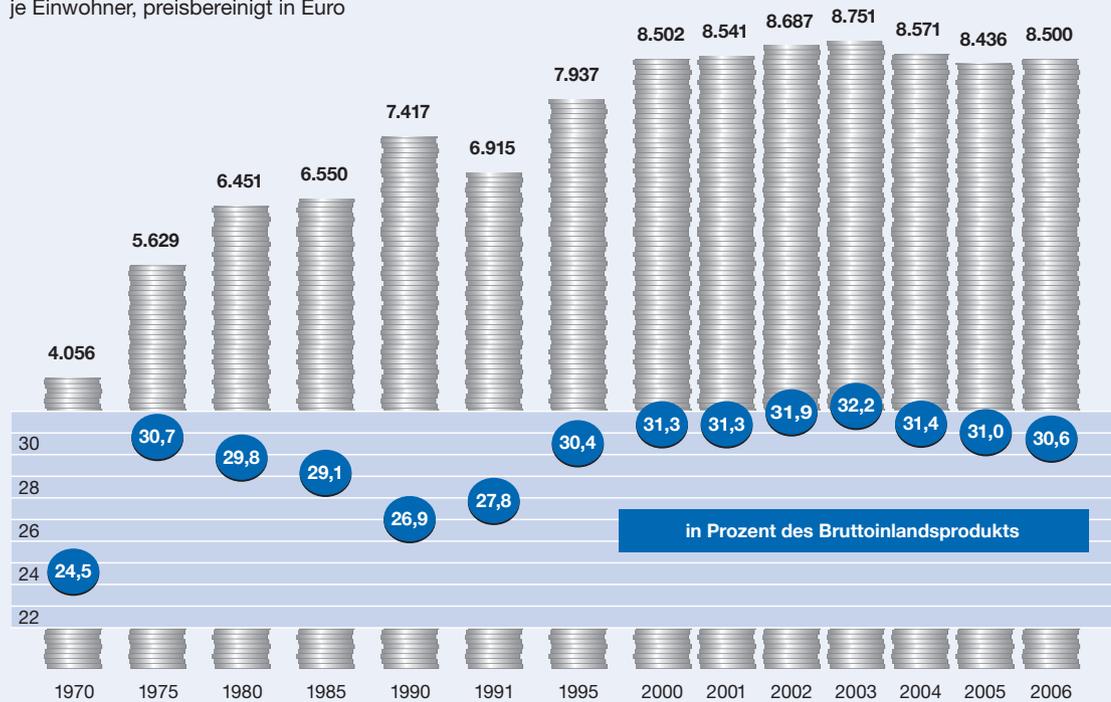
vor Schweden, das gemeinhin als besonders komfortabel ausgestatteter Wohlfahrtsstaat gilt (Abbildung 2).

Die größten Ausgaben für Soziales entfallen in Deutschland auf die Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung. Deren Finanzierung erfolgt überwiegend über die Lohnzusatzkosten, wodurch Arbeit im Vergleich zu anderen Produktionsfaktoren verteuert wird. Denn auf Maschinen, Gebäude, Importe usw. werden keine Sozialbeiträge erhoben. Diese Transferleistungen

#### Ausgaben für Soziales von 1970 bis 2006

Abbildung 1

je Einwohner, preisbereinigt in Euro



Sozialleistungen: Rentenversicherung, Krankenversicherung, Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Arbeitgeberleistungen wie Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall, Pensionen, Familienleistungsausgleich etc.; bis 1990: Westdeutschland; 2005: vorläufig, 2006: geschätzt; in Preisen von 2005.

Quellen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Statistisches Bundesamt

## Sozialausgaben im internationalen Vergleich

Abbildung 2

	<b>Bruttosozialleistungen</b> jeweils in Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu Herstellungspreisen	<b>Nettosozialleistungen</b>
Frankreich	33,0	31,2
<b>Deutschland</b>	<b>30,6</b>	<b>30,8</b>
Schweden	35,1	30,6
Vereinigtes Königreich	25,4	27,1
Dänemark	34,2	26,4
Belgien	28,0	26,3
Italien	28,3	25,3
Niederlande	24,3	25,0
Österreich	29,6	24,8
USA	15,7	24,5
Kanada	20,4	23,3
Finnland	28,0	22,6
Japan	18,5	22,1
Spanien	21,7	18,9
Irland	15,3	13,9

Stand: 2001; Bruttosozialleistungen: analog zur Eurostat-Abgrenzung; Nettosozialleistungen: Bruttosozialleistungen abzüglich der darauf erhobenen direkten und indirekten Abgaben plus steuerliche Förderung freiwilliger, privater Sozialausgaben; Herstellungspreise: Bruttoinlandsprodukt bereinigt um Subventionen und Gütersteuern.  
Quellen: IW Köln, 2006; Fuest/Pimpertz, 2006

sollen im Konzept verschiedener Ökonomen und Sozialpolitiker nun teilweise oder sogar komplett dafür genutzt werden, ein einheitliches Grundeinkommen für alle zu finanzieren.

Vor allem drei Grundeinkommensmodelle werden in diesem Zusammenhang derzeit diskutiert (Abbildung 3):

1. Der Drogerieunternehmer Götz Werner (Werner, 2007) fordert ein bedingungsloses Grundeinkommen, dessen Höhe allerdings nicht präzise festgelegt ist. Mittel- bis langfristig schwebt ihm ein kulturelles Existenzminimum von bis zu 1.500 Euro vor. Finanziert werden soll dieses Einkommen für Jedermann durch die Umstellung des Steuer-

- systems auf eine Konsumsteuer von bis zu 50 Prozent. Die Besteuerung setzt also nicht mehr beim Arbeits- oder Kapitaleinsatz an, sondern erst dann, wenn konsumiert wird. Unklar bleibt bei diesem Modell, wie und in welcher Form mit den bisherigen sozialen Sicherungssystemen umgegangen werden soll, wie die konkrete Finanzierung aussehen könnte und welche gesellschaftlichen Konsequenzen ein solches Experiment mit mehr als 80 Millionen Menschen hätte.
2. Der Bürgergeld-Vorschlag der Thüringischen Landesregierung (Freistaat Thüringen, 2007) stellt darauf ab, dass jeder Erwachsene 800 Euro monatlich erhält, Kinder dagegen nur 500 Euro. Finanziert werden soll dieser

Transfer durch die Abschaffung sämtlicher anderer Sozialleistungen. Abgezogen wird von den genannten Beträgen zudem der Krankenversicherungsbeitrag in Höhe von 200 Euro je Person. Mit der Einführung des „solidarischen Bürgergeldes“ ist auch eine Reform der Einkommensbesteuerung verbunden. Der Steuersatz auf Einkommen, das über das Bürgergeld hinausgeht, liegt in jedem Fall bei 50 Prozent. Nur wer statt 800 Euro Bürgergeld nur 400 Euro in Anspruch nimmt, erhält den reduzierten Steuersatz von 25 Prozent.

3. Das Hamburgische WeltWirtschafts Institut (HWWI) schlägt hingegen ein Grundeinkommen von umgerechnet rund 625 Euro pro Monat für jeden Bundesbürger vor (Hohenleitner/Straubhaar, 2007). Auch hier werden alle anderen Sozialleistungen wie Arbeitslosengeld I und II, Rente, Kindergeld usw. abgeschafft.

Allen Modellen ist gemeinsam, dass, im Unterschied zur derzeitigen Sozialhilfe, die Zahlungen unabhängig von der Bedürftigkeit an jeden geleistet werden – also bedingungslos. Gleichzeitig wird die Sozialhilfe mit anderen Sozialleistungen zusammengeführt und so ein einheitlicher Sozialtransfer geschaffen, der dann in das Steuersystem integriert wird. Bei allen Unterschieden im Detail bedeuten somit alle Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen eine grundlegende Abkehr vom traditionellen, lebensstandardsichernden und statuskonservierenden Sozialversicherungssystem und von einer bedürftigkeitsgeprüften Grundsicherung.

Beim Vergleich der Grundeinkommensmodelle sticht zum einen ins Auge, dass sowohl Liberale als auch Linke von diesem Modell fasziniert sind, wenn auch aus sehr unterschiedlichen Motiven: Liberale versprechen sich davon einen schlanken Staat mit wenig Bürokratie, geringeren staatlichen Eingriffen und aufgrund des niedrigen Grundeinkommens höhere Arbeitsanreize. Linke begeistert die Vorstellung, ohne

## Bürgergeld: Die Modelle

Abbildung 3

	<b>Götz Werner</b> Vorsitzender der Geschäftsführung dm-drogerie markt	<b>Landesregierung Thüringen</b>	<b>Hamburgisches WeltWirtschafts- Institut</b>	<b>ALG II</b>
Euro pro Monat	650 bis 1.500 für alle Erwachsenen	800 für Erwachsene bzw. 500 für Kinder bis einschließlich 14 Jahre	625 für alle	Nach Bedarf, z. B. 650 für Alleinstehende; 1.550 für Familie mit zwei Kindern
Jährliche Kosten in Milliarden Euro	530 bis 1.224	613	618	44
Finanzierung	Erhöhung der Konsumsteuern	Wegfall bestehender Sozialleistungen	Wegfall bestehender Sozialleistungen	Steuern
Sonstiges	Ersatz anderer Steuerarten durch Konsumsteuer	Vorschlag schließt Ein- kommensteuerreform (Flat Tax) und Kopf- pauschale in der Kran- kenversicherung ein	Gegebenenfalls ergänzende staat- liche Leistungen erforderlich	Setzt Bedürftigkeit voraus; Mitwirkungs- pflichten bei der Eingliederung in Arbeit

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Leistungsdruck und unabhängig von Angebot und Nachfrage nur noch selbstgewählte Arbeiten erledigen zu müssen.

Zum anderen stellt sich die Frage, ob es wirklich dieser bisher noch nicht erfolgreich getesteten Methode bedarf, um die unbestritten existierenden Krankheiten des Sozialstaates zu heilen, oder ob nicht weniger drastische Maßnahmen mit weniger riskanten Nebenwirkungen ausreichen, um den Sozialstaat wieder fit zu machen.

Denn neben diesen exemplarisch ausgewählten Modellen existieren zahlreiche weitere Ansätze, die ebenfalls eine Reform der Sozialpolitik an der Schnittstelle zwischen Arbeitsmarkt und Transferbezug (Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II) anstreben. Die meisten dieser Vorschläge (Übersicht 1) orientieren sich stärker am

bestehenden System und zielen nicht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen, sondern auf aktivierende Sozialhilfe (zum Beispiel ifo Institut), Workfare (staatliche Transferzahlungen nur bei Gegenleistungen, zum Beispiel IZA) oder eine negative Einkommensteuer als Verbindung zwischen Steuersystem und Sozialtransfers (zum Beispiel Bofinger et al., 2006).

Die strategischen Ansatzpunkte und Kernbotschaften dieser Konzepte werden in Übersicht 1 zusammengefasst, ohne hier auf Details eingehen zu können. Zumindest lässt sich damit aber zeigen, dass es aus ganz unterschiedlichen politischen, ökonomischen und ideologischen Positionen heraus zahlreiche Therapieangebote für den Sozialstaat gibt, die sorgfältig geprüft und ausprobiert werden sollten, bevor man sich für eine Art Herztransplantation entscheidet.

## Kernaussagen von Verbesserungsvorschlägen zum Übergang zwischen Transferbezug und Beschäftigung

Übersicht 1

Institution/Zielgruppe	Wesentliche Elemente des Ansatzes	Erwarteter Wirkungszusammenhang	Ausgewählte Literaturhinweise
ifo Institut für Wirtschaftsforschung  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Höherer Hinzuverdienst; Lohnsteuergutschrift; niedrigerer Transferentzug; Workfare, sonst Absenkung des ALG II; Abschaffung der Minijobs	Schaffung neuer Stellen durch Senkung der Anspruchslöhne geringqualifizierter Arbeitskräfte	Sinn et al., 2006
Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Option I: Höherer Hinzuverdienst; niedrigerer Transferentzug; Workfare, sonst Absenkung des ALG II  Option II: Höherer Hinzuverdienst; niedrigerer Transferentzug; schwache Absenkung des ALG II	Schaffung neuer Stellen durch Senkung der Anspruchslöhne geringqualifizierter Arbeitskräfte („Fördern und Fordern“); ggf. staatl. Zuschuss im unteren Lohnsegment; Absenkung des Regelsatzes bei Arbeitsverweigerung	Wissenschaftlicher Beirat, 2002
Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Höherer Hinzuverdienst; niedrigerer Transferentzug; Workfare, sonst Absenkung des ALG II; Senkung des SV-Beitrags der Arbeitgeber im Mini- und Midijob-Bereich	Schaffung neuer Stellen durch Senkung der Anspruchslöhne geringqualifizierter Arbeitskräfte und durch Senkung des SV-Beitrags der Arbeitgeber	SVR, 2006
Bofinger et al.  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Zuschuss zum SV-Beitrag der Arbeitnehmer; Reduzierung der Hinzuverdienstmöglichkeiten im Minijob-Bereich; Verzicht auf Subvention für atypische Erwerbsformen	Schaffung neuer Stellen durch Senkung der Anspruchslöhne geringqualifizierter Arbeitskräfte	Bofinger et al., 2006
IZA – Institut zur Zukunft der Arbeit  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Workfare, sonst Streichung der Ansprüche auf ALG II	Schaffung neuer Stellen durch Senkung der Anspruchslöhne geringqualifizierter Arbeitskräfte in Verbindung mit Verpflichtung zu kommunaler Arbeit	Bonin/Schneider, 2006

Institution/Zielgruppe	Wesentliche Elemente des Ansatzes	Erwarteter Wirkungszusammenhang	Ausgewählte Literaturhinweise
IfW – Institut für Weltwirtschaft Kiel  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Zuschuss zu den Arbeitskosten durch Einstellungsgutscheine für Arbeitgeber (Objektförderung); Senkung der Arbeitskosten zum Beispiel um 17 Prozent für bestimmte Langzeitarbeitslose; Selbstfinanzierung des Projekts	Einstellung von Langzeitarbeitslosen und geringqualifizierten Arbeitskräften führt zu Lerneffekten, die die Arbeitsproduktivität vergrößern und die Zahl der Stellen auch nach dem Auslaufen der Förderung erhöhen	Brown et al., 2006
Magdeburger Alternative  Zielgruppe: Arbeitslose	Zuschuss zu den gesamten SV-Beiträgen für neu geschaffene Arbeitsplätze in der untersten Lohngruppe (Objektförderung)	Schaffung neuer Stellen durch direkte Senkung der Lohnkosten geringqualifizierter Arbeitskräfte	Schöb/Weiman, 2006
Schaffensdrang (vbw – Verband der Bayerischen Wirtschaft und iwip – Uni Köln)  Zielgruppe: geringqualifizierte Arbeitslose und Langzeitarbeitslose	Unterstützung von arbeitswilligen Arbeitslosen bei der Wiedereingliederung; Arbeitsangebote in Projekten ohne Begründung eines neuen Arbeitsverhältnisses; Teilnehmer erhalten nur Aufwandsentschädigung; alle Tätigkeitsfelder möglich	Erhalt der Motivation bei der Suche nach regulärer Beschäftigung;  Qualifizierung „on the job“ ohne staatliche Zuschüsse; Vermeidung von Stigmatisierung	Bünnagel et al., 2006
Solidarisches Bürgergeld  Zielgruppe: alle Bürger	Bedingungsloses Grundeinkommen oberhalb des ALG II; Verrechnung mit der Einkommensteuer	Schaffung neuer Stellen durch Senkung der Anspruchslöhne; Absenkung des Transferbezugs	Althaus, 2007

Quelle: Eigene Zusammenstellung nach Sinn et al. (2007)

Ein Hauptproblem und damit eine schwerwiegende Nebenwirkung bei der Einführung der Grundeinkommensmodelle ist deren Finanzierung. Je nach Modell und Höhe des Grundeinkommens ist mit Ausgaben zwischen 530 und 1.224 Milliarden Euro pro Jahr zu rechnen. Diese Kosten müssen in irgendeiner Form über das Steuer- und Sozialversicherungssystem aufge-

bracht werden, wodurch für die Steuerzahler Anreize geschaffen werden, sich für das (unter Umständen) relativ üppig ausgestattete Grundeinkommen in Kombination mit Freizeit, Eigenarbeit und Schwarzarbeit zu entscheiden – statt zur Finanzierung des Sozialstaates weiterhin einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen.

Die Frage der Finanzierbarkeit wird auf Basis verschiedener Simulationsmodelle zwischen den beteiligten Wissenschaftlern intensiv diskutiert. Die Befürworter errechnen positive Effekte zum Beispiel durch das „solidarische Bürgergeld“ der Thüringischen Landesregierung von bis zu 50 Milliarden Euro jährlich und prognostizieren fast 1,2 Millionen zusätzliche Vollzeitstellen insbesondere im Niedriglohnsektor. Kritiker und Gegner ermitteln hingegen Mindereinnahmen des Staates von rund 230 Milliarden Euro jährlich und den Verlust von bis zu 2,15 Millionen Arbeitsplätzen.

Diese bereits vielfach veröffentlichten und heftig umstrittenen Simulationsergebnisse sollen an dieser Stelle aber nicht näher betrachtet werden. Vielmehr sollen anhand einiger Leitfragen allgemeine Stärken und Schwächen der Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens offengelegt, daraus resultierende dynamische und gesellschaftliche Effekte skizziert und die Basis für eine kritische Diskussion geschaffen werden.

## 4 Utopisches versus realistisches Menschenbild

Für die Bewertung eines bedingungslosen Grundeinkommens ist ganz entscheidend, welches Menschenbild zugrundegelegt wird. Ökonomen haben dabei ein eher pessimistisch-realistisches Menschenbild vor Augen, bei dem der Mensch als ein Eigennutzmaximierer modelliert wird. Dieser „Homo oeconomicus“ versucht unter den gegebenen Bedingungen gemäß seinen Präferenzen, die Alternativen auszuwählen, die ihm den höchsten Nutzen stiften. Dabei wird angenommen, dass er auf gewisse Anreize reagiert und in Abhängigkeit von den gesetzten Rahmenbedingungen versucht, jeweils das für ihn subjektiv beste Ergebnis zu erzielen.

In der Soziologie dominierte demgegenüber lange Zeit der „Homo sociologicus“, von dem angenommen wird, dass er in seiner individuellen Wahlfreiheit durch Normen, Erwartungen, Institutionen und ein bestimmtes Rollenverhalten beschränkt ist. Das Verhalten des Einzelnen wird geprägt von den Erwartungen der Gesellschaft und den jeweils erwarteten Sanktionen. Diese Normen werden im Laufe der Sozialisation internalisiert und formen das menschliche Verhalten. Verhaltensrelevant sind letztlich die eigenen Erwartungen, die drohenden Sanktionen und die internalisierten Normen der Gesellschaft. Die mit der Mikrosoziologie verwandte Sozialpsychologie fragt in diesem Zusammenhang überdies danach, wie Präferenzen entstehen und berücksichtigt den Einfluss von individuellen Motivationen und Emotionen auf das menschliche Verhalten.

Ein integratives Menschenbild wird von Esser (1991; 1999) als Kombination aus Homo oeconomicus, Homo sociologicus und Elementen der Sozialpsychologie hergeleitet. Dieser Ansatz geht letztlich auf Vorstellungen der schottischen Moralphilosophie zurück und wird in Tabelle 1 skizziert. Die Kreuze sollen dabei veranschaulichen, welche Komponenten schwerpunktmäßig in den einzelnen Disziplinen berücksichtigt werden. Die Abgrenzung kann nicht trennscharf sein, da es Überschneidungen gibt und geben muss, um überhaupt eine Integration vornehmen zu können. Insofern kann das Schema die traditionellen Beiträge der Sozialwissenschaften nur stark vereinfachend verdeutlichen.

Die Soziologie betont die Orientierung des Menschen an Normen und Werten in Verbindung mit subjektiven Erwartungen und Bewertungen einer Situation, das heißt der Mensch wird cha-

rakterisiert durch „Evaluating“ und „Expecting“. In der Neoklassik wird die Nutzenmaximierung („Maximizing“) unter Restriktionen („Restricted“) als grundlegendes Verhaltensmuster unterstellt. Hinzu kommt die aus evolutorischer und dynamischer Sicht bedeutsame menschliche Eigenschaft, findig, kreativ, innovativ und reflektiert – kurz „Resourceful“ – zu agieren. Daraus folgt, dass „abweichendes“ Verhalten immer im Set der Handlungsalternativen vorkommen kann“ (Esser, 1991, 52).

Das „RREEMM-Modell“ fasst diese Aspekte zusammen: Der Akteur kann Optionen generieren und zwischen verschiedenen Handlungsmöglichkeiten wählen (Resourceful), ist gleichzeitig aber Opportunitäten oder Restriktionen (Restricted) ausgesetzt, die sein Handeln einschränken. Für die Selektion einer Alternative bildet er Erwartungen (Expectations) und

Das integrative Menschenbild (RREEMM-Modell)

Tabelle 1

Komponenten	Homo sociologicus	Homo oeconomicus (Neoklassik)	(Sozial-) Psychologie	RREEMM-Menschenbild
Resourceful			X	X
Restricted		X		X
Evaluating	X			X
Expecting	X			X
Maximizing		X		X
Man			X	X

Quelle: Enste, 2002; vgl. auch Esser (1991, 61 ff.; 1999, 237 ff.)

Bewertungen (Evaluations) bezüglich der Handlungsfolgen, bevor er sich nutzenmaximierend (Maximizing) entscheidet. Ergänzend können noch die in der Psychologie näher betrachteten Einstellungen, Emotionen und Motivationen und deren Einfluss berücksichtigt werden, die hier unter der „Man“-Komponente zusammengefasst werden.

Dieses Modell ist einerseits breit genug, um als Grundlage für sozialwissenschaftliche Untersuchungen menschlichen Verhaltens – und damit der Folgewirkungen eines bedingungslosen Grundeinkommens – zu dienen, und andererseits noch so überschaubar und einfach, dass es modelliert und auf einzelne Bereiche angewandt werden kann.

Der Theoriekern des hier zugrundegelegten Menschenbildes lautet dann in der Kurzfassung: Das Individuum wählt in einer Situation der Knappheit, in der wegen bestimmter Restriktionen nicht alle Bedürfnisse befriedigt werden können, entsprechend seinen Präferenzen, unter Beachtung von Normen und Institutionen sowie unter Abwägung erwarteter Kosten und Nutzen diejenige Alternative, die den höchsten (maximalen) subjektiven Nettonutzen unter Berücksichtigung der subjektiven Wahrscheinlichkeiten erwarten lässt. Entscheidend im ökonomischen Nutzenkalkül sind also die subjektiven Nutzenexpectationen und nicht die objektiven.

Demgegenüber basiert das utopistische/ anthroposophische Menschenbild auf eher optimistischen und realitätsfernen Annahmen hinsichtlich des Verhaltens von Menschen. Ein einheitliches Menschenbild lässt sich mit Blick

auf die sehr unterschiedlichen Interpretationen etwa der Anthroposophie von Rudolf Steiner hier nicht skizzieren. Gleichwohl spielen dabei wissenschaftlich kaum greifbare geistige und seelische Wesensglieder sowie übersinnliche Aspekte eine wesentliche Rolle. Praktische Bedeutung erfahren diese Überlegungen im Bereich der Pädagogik in den Waldorfschulen. Götz Werner, Verfechter eines bedingungslosen Grundeinkommens, ist bekennender Anhänger von Rudolf Steiners Anthroposophie.

Basierend auf dem integrativen Menschenbild, das sich in vielen empirischen Untersuchungen als recht erfolgreich zur Erklärung menschlichen Verhaltens erwiesen hat, stellen sich – anders als im Falle eines anthroposophischen Menschenbildes – unter anderem folgende praktische Fragen:

- ▶ Wie können Menschen bei einem vergleichsweise hohen Grundeinkommen noch dazu motiviert werden, überhaupt selbst Leistungen zu erbringen?
- ▶ Was passiert auf gesamtgesellschaftlicher Ebene und was folgt daraus für die Staatseinnahmen, wenn sich infolge einer entsprechenden Vorliebe für möglichst viel Freizeit eine zunehmende Zahl von Menschen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen zufrieden gibt?
- ▶ Welche Menschen werden letztlich noch bereit sein, Steuern zu zahlen, um das Transfereinkommen der anderen zu finanzieren? Existiert hier nicht eine Anreizfalle und drohen damit nicht verhängnisvolle Gewohnheiten?

Das jetzige Sozialstaatskonzept lässt die Menschen erst einmal in Freiheit selbst für sich sorgen. Im Falle eines bedingungslosen Grundeinkommens für Jedermann sind dagegen alle Menschen – unabhängig von ihrer konkreten Bedürftigkeit – in der staatlichen Fürsorge gefangen und müssen sich aktiv aus dieser Bevormundung befreien. Empirische Studien basierend auf dem RREEMM-Modell zeigen nun, dass Gewohnheiten („Habits“) nur schwer und bei besonderen Anreizen überwunden werden können. Das Grundeinkommen fördert demnach eine Subventionsmentalität, deren negative Auswirkungen in vielen anderen Bereichen (wie Entwicklungshilfe, Länderfinanzausgleich, EU-Agrarhaushalt usw.) beobachtet werden können, weshalb dort verstärkt zu anderen Maßnahmen gegriffen wird. So geht es zum Beispiel in der Entwicklungszusammenarbeit heute vor allem um Hilfe zur Selbsthilfe und um den Aufbau von Systemen, die Eigenständigkeit und Selbstversorgung fördern.

## 5 Einbahnstraße versus Reziprozität

Ergebnis vieler ökonomischer Analysen mithilfe der Spieltheorie ist, dass Menschen generell sehr viel Wert auf Reziprozität legen – das heißt, eine Leistung erfordert in der Regel eine wie auch immer geartete Gegenleistung. Reziprozität hat sich deshalb in der Entwicklung der Menschheitsgeschichte als positives und im evolutorischen Prozess erfolgreiches Prinzip durchgesetzt. Durch die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens würde jedoch genau dieses Grundprinzip ausgehebelt und in sein Gegenteil verkehrt. Die Auflösung des Leistungs- und Gegenleistungsprinzips („Wie Du mir, so ich Dir“ oder „do ut des“) führt dazu, die Rechtfertigung des Sozialstaates noch stärker zu hinterfragen: Ohne jeden Grund und ohne das Einfordern einer Gegenleistung zahlt der Staat ein Einkommen, das andere mit ihren Steuern finanzieren müssen. Die einen zahlen zwangsweise, die anderen profitieren grundlos – eine Einbahnstraße.

Nicht nur Ökonomen, sondern gerade auch Sozialpsychologen zeigen zum Beispiel auf Basis der Equity- oder der Austauschtheorie sowohl theoretisch als auch empirisch, wie wichtig die Ausgewogenheit von Leistung und Gegenleistung ist: Auf Dauer werden nur wenige Menschen anderen etwas geben, wenn sie nie etwas dafür zurückbekommen. Die Finanziere des Sozialstaates werden demnach – je höher die von ihnen zu leistende Grundversorgung der anderen ausfällt – immer mehr ins Grubeln kommen, warum ausgerechnet sie den Sozialstaat

finanzieren sollen, während eine möglicherweise zunehmende Zahl von Menschen sich mit dem Transfereinkommen bestens arrangiert.

Diese auf Verhaltensänderungen basierenden dynamischen Effekte können in die Modellrechnungen, welche die Finanzierbarkeit einzelner Grundeinkommenskonzepte belegen sollen, nicht einfließen. Dabei sind bereits die einfachen, komparativ-statischen Kosten-Nutzen-Berechnungen äußerst umstritten. Beispielsweise schwanken die Ergebnisse beim vergleichsweise niedrigen Grundeinkommen gemäß dem Modell der thüringischen Landesregierung (800 Euro abzüglich Gesundheitsprämie pro Kopf in Höhe von 200 Euro) zwischen einem Haushaltsplus von 46 Milliarden Euro pro Jahr (Althaus, 2007) bis zu Mindereinnahmen von 227 Milliarden Euro pro Jahr, die der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem letzten Jahrgutachten (SVR, 2007) ermittelt hat.

## 6 Subsidiarität versus Paternalismus

Wesentlicher Stützpfeiler der Sozialen Marktwirtschaft ist das aus der katholischen Soziallehre kommende Subsidiaritätsprinzip. Dabei geht es darum, dass der Staat beziehungsweise eine übergeordnete Institution nur dann tätig wird, wenn der Einzelne, die Familie oder eine andere untergeordnete Ebene nicht mehr dazu in der Lage ist, diese Leistungen zu erbringen. Konkret heißt dies in unserem Zusammenhang, dass die nächsthöhere Ebene – in diesem Fall der Staat – nur dann eingreifen sollte, wenn eine Bedürftigkeit vorliegt. Damit verbunden ist eine entsprechende Prüfung dieser Bedürftigkeit anhand konkreter Nachweise über die Unfähigkeit einer Person, sich derzeit selbst ausreichend versorgen zu können und das Existenzminimum zu sichern.

Die Orientierung am Subsidiaritätsprinzip und an der Bedürftigkeit stellt grundsätzlich sicher, dass nur solche Personen mit Transferleistungen unterstützt werden, die wirklich in Not sind – dass also Ungleiches ungleich und Gleiches tatsächlich gleich behandelt wird. Dies wäre bei einem bedingungslosen Grundeinkommen nicht gewährleistet, denn in diesem Fall würde zum Beispiel ein Mensch mit körperlicher Behinderung in gleicher Weise ein Grundeinkommen erhalten wie der nicht arbeitswillige Jugendliche, der gesund ist und ohne Probleme arbeiten könnte. Diese Gleichbehandlung von ungleichen Tatbeständen verstößt jedoch nach aller Erfahrung gegen das Gerechtigkeitsempfinden vieler Menschen.

Das Modell der thüringischen Landesregierung sieht deshalb zusätzliche Zahlungen an Bedürftige wie etwa Menschen mit Behinderung vor – allerdings nur nach Feststellung der konkreten Bedürftigkeit. Solche über das Grundeinkommen hinausgehenden ergänzenden Transfers würden sich im politischen Prozess wohl ganz zwangsläufig ergeben. Damit stellt sich aber unmittelbar die Frage, wie haltbar ein zentrales Argument für das Grundeinkommen, nämlich die Senkung der Bürokratiekosten, überhaupt ist.

Unmittelbar daran schließt sich die Frage an, wie mit bestimmten Extremfällen von Bedürftigkeit umzugehen ist. Wie sollte der Staat im Falle von dringender Bedürftigkeit handeln, wenn beispielsweise ein Grundeinkommensempfänger zur Mitte des Monats über keinerlei Ressourcen mehr verfügt, entweder weil er bestohlen wurde oder einfach nicht mit Geld umgehen kann, und damit dringend auf Lebensmittel und Ähnliches angewiesen ist. Das Grundeinkommensmodell der thüringischen Landesregierung setzt in diesen Fällen – ebenso wie bei Leistungsmissbrauch zum Beispiel durch Schwarzarbeit – auf die Umstellung der Förderung auf Lebensmittelgutscheine.

## 7 Empirie: Förderung der Chancengerechtigkeit oder des devianten Verhaltens?

Über die sehr heterogenen Ergebnisse der Simulationsrechnungen hinaus ist bislang ungeklärt, ob ein grundloses Einkommen nicht zu einem völlig anderen Verhalten der Menschen führen würde. Was passiert mit dem traditionellen Arbeitsethos? Sind wirklich alle Menschen von intrinsischer Motivation durchdrungen und arbeitswillig? Oder bilden sich diese Tugenden schließlich gar nicht mehr, weil die Menschen durch das vom Staat garantierte Einkommen in ihrer Eigeninitiative, Eigenverantwortung und ihrem Engagement von vornherein gelähmt werden? Und was bedeutet eine fehlende Arbeits- und Leistungsmotivation für den internationalen Wettstreit um Arbeitsplätze, Einkommen und Wohlstand?

Mit Blick auf Umfrageergebnisse zu abweichendem Verhalten (Schwarzarbeit, Steuerhinterziehung) zeigen sich weitere mögliche Probleme: Schon heute praktiziert rund ein Viertel der Bevölkerung Schwarzarbeit und gibt dies auch zu. Bei entsprechend großzügiger Ausstattung mit einem Grundeinkommen nehmen die Anreize zu Schwarzarbeit und Steuerhinterziehung weiter zu, sodass es in einem noch größeren Umfang zu abweichendem Verhalten kommt, insbesondere weil der Grundsatz von Leistung und Gegenleistung noch viel weniger gilt als im derzeitigen System. Ob die in einigen Modellen erwarteten sinkenden Steuersätze im Gegenzug mehr Leistungswilligkeit und Steuer-

ehrlichkeit bewirken, bleibt zu prüfen. Dem Phänomen der Schwarzarbeit widmen sich einige Befürworter des Grundeinkommens jedenfalls sehr intensiv und versuchen das Problem mit drakonischen Strafen zu bekämpfen: „Schwarzarbeiter und deren Auftraggeber müssen mit dem Verlust des Anspruchs auf Bürgergeld rechnen. Sie erhalten bei Bedarf dann nur noch Lebensmittelbezugsscheine“ fordert beispielsweise Dieter Althaus beim solidarischen Bürgergeld.

Ob solche Maßnahmen gegen Leistungsmissbrauch nicht bereits heute – also ganz unabhängig von der Einführung des Grundeinkommens – erfolgversprechend wären, müsste geklärt werden. Jüngste Analysen des Bundesrechnungshofs (2008) zur Effektivität der Bekämpfung von Schwarzarbeit durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit kommen hinsichtlich der bisherigen Erfolge jedenfalls zu ernüchternden Ergebnissen: Statt der erwarteten Mehreinnahmen des Staates in Höhe von rund 1 Milliarde Euro wurden – bei Kosten von über 400 Millionen Euro und fast 6.500 Beamten im Einsatz – letztlich nur zwischen 5 und 10 Prozent der Schadenssumme tatsächlich vereinnahmt. Im Jahr 2006 lagen die Mehreinnahmen des Staates sogar unter 50 Millionen Euro.

Unwahrscheinlich ist in diesem Zusammenhang wohl auch, dass Schwarzarbeit sich quasi von selbst erledigt, wie Ministerpräsident Dieter Althaus (2007, 22) in einer Werbebroschüre des Freistaates Thüringen schreibt: „Der Wegfall der Schwarzarbeit [...] und ein einheitlicher niedriger Einkommensteuersatz machen Schwarzarbeit unattraktiver.“

Noch viel wichtiger ist aber eine sorgfältige Analyse der Lage des sogenannten Prekariats (Unterschicht) sowie von Teilen der gesellschaftlichen Mitte. Diese verdeutlicht, dass das Kernproblem nicht in erster Linie die Armut ist, sondern vielmehr die Perspektivlosigkeit und die fehlenden Chancen auf Arbeit. Ob die Chancen- und Partizipationsgerechtigkeit in puncto Beschäftigung, individueller Wohlfahrt und gesellschaftlicher Teilhabe durch ein Grundeinkommen eher verschlechtert oder eher verbessert werden, ist dabei die noch offene, aber entscheidende Frage.

## 8 Konkrete Probleme: Alle für einen oder einer für alle?

Neben der Finanzierung, die von den Vertretern der Grundeinkommensmodelle durchaus als Handicap gesehen wird, stellt sich des Weiteren die Frage, in welcher Form bereits bestehende Ansprüche innerhalb der Sozialversicherungssysteme, wie beispielsweise Rentenansprüche, behandelt werden sollen. Die laufenden Einzahlungen in die Rentenversicherung stehen zur Gegenfinanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht zur Verfügung, da sie im derzeitigen Umlageverfahren für die Alimentierung der Rentnergeneration benötigt werden.

Gleichzeitig hat die bislang Beitrag zahlende Bevölkerung eigentumsrechtliche Ansprüche auf Zahlung einer Rente erworben, die zukünftig auch bedient werden müssen, sodass de facto allenfalls ein geringer Teil der derzeitigen Rentenversicherungsbeiträge zur Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens zur Verfügung stünde. Ohne nennenswerte Finanzmasse würde das Bürgergeld aber kaum seinen Namen verdienen und seine Gestaltungsoptionen wären stark eingeschränkt.

Zu klären ist weiterhin, wie der Zuzug aus anderen europäischen Ländern in das System eines bedingungslosen Grundeinkommens verhindert werden kann. Ein solcher Systemwechsel führt insbesondere bei Geringverdienern und Geringqualifizierten zu massiven Anreizen, nach Deutschland einzuwandern.

Problematisch ist auch, wer zukünftig noch unattraktive Jobs (beispielsweise schwere körperliche Arbeit im Schlachthaus oder psychisch belastende Aufgaben in Pflegeheimen) übernehmen wird. In jedem Fall ist mit erheblichen Veränderungen bei der Lohnstruktur zu rechnen und aller Wahrscheinlichkeit nach mit einer deutlichen Verteuerung der auf unattraktiven Arbeiten basierenden Dienstleistungen. Dies hängt jedoch stark von der konkreten Ausgestaltung und Höhe des Grundeinkommens ab, sodass allgemeingültige Aussagen an dieser Stelle schwierig sind.

Fraglich ist nicht zuletzt die mit der Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens verbundene Hoffnung, dass es dadurch zukünftig mehr bürgerschaftliches Engagement geben wird. De facto betätigen sich derzeit drei Viertel der bundesdeutschen Bevölkerung überhaupt nicht ehrenamtlich. Nur knapp 10 Prozent engagieren sich regelmäßig einmal pro Woche – vor allen Dingen im Schützen- und Sportverein. Die Hoffnung, dass es zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung kommt, bei der zum Beispiel sehr viel mehr ehrenamtliche Pflege und Betreuung älterer Menschen stattfindet als bisher, erscheint mit Blick auf den Status quo illusorisch. Durchaus realistisch ist dagegen die Erwartung, dass die Beschäftigung mit Computerspielen oder dem Aus- und Aufbau von virtuellen Identitäten im „Second Life“ zunehmen wird – sich also die genau gegenteiligen Effekte einstellen, wie von den Initiatoren eines Grundeinkommens gewünscht.

## 9 Fazit: Bedürftigkeitsgeprüftes Grundeinkommen?

Die Grundidee der Zusammenführung verschiedener Sozialleistungen und Transferzahlungen in einem Bürgergeld oder einer negativen Einkommensteuer ist sehr alt. Selbst liberale Ökonomen wie Milton Friedmann haben entsprechende Ideen unterstützt. Angesichts der hier skizzierten Probleme stellt sich damit die Frage, wie die Stärken des Grundeinkommensmodells genutzt und seine Schwächen vermieden werden können.

Dabei liegt eine Schwäche des Modells gewiss in der grund- und bedingungslosen Gewährung eines Einkommens. Diese könnte durch ein an sehr klare und transparente Kriterien geknüpftes Grundeinkommen behoben werden. Die zukünftig gebündelten Transferleistungen würden so an klare Bedingungen geknüpft. Der Einzelne erhielte nur dann Bürgergeld vonseiten des Staates, wenn er gleichzeitig im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Gegenleistung für die Gesellschaft erbrächte. Dies könnte in der Einführungsphase auch auf der Basis strikter Freiwilligkeit erfolgen – das heißt, nur wer möchte, erbringt eine Gegenleistung. Ein solches Modell hat die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw) in Zusammenarbeit mit dem Institut für Wirtschaftspolitik (IWP) an der Universität zu Köln unter dem Namen „Schaffensdrang“ bereits ausgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt (Bünnagel et al., 2006).

Die Stärken des bisherigen Systems werden in diesem Fall gestützt, da es beim Subsidiaritäts-

und Bedürftigkeitsprinzip bleibt. Der Einzelne ist weiterhin in erster Linie verantwortlich dafür, im Rahmen seiner Möglichkeiten für sich selbst zu sorgen. Der Staat greift nur bei Bedürftigkeit ein. Die Schwächen des bisherigen Systems, die unter anderem in der Parallelität von Steuer- und Sozialtransfersystem begründet sind, könnten durch die Integration in eine negative Einkommensteuer überwunden werden. Im derzeit praktizierten System gelten einige dieser Prinzipien bereits beim ergänzenden Arbeitslosengeld II, wenn das erzielte Lohneinkommen nicht ausreicht.

Eine entsprechende Fitnesskur für das Sozialsystem sollte zum Ziel haben, die Akzeptanz für den Transferempfang zum Beispiel bei Älteren mit geringen Renten zu erhöhen, die Stigmatisierung von Sozialhilfeempfängern und ALG-II-Empfängern zu vermeiden und insgesamt für eine größere Akzeptanz des Sozialversicherungs- und Grundsicherungssystems bei den Steuerzahlern zu sorgen. Wichtiger als der Streit über einzelne Modelle ist es, anhand dieser Modelle die Schwächen der aktuellen Gestaltung der Sozialen Marktwirtschaft offenzulegen und anschließend zu beseitigen. Dazu zählt auch, geltende Regelungen zu vereinfachen und transparenter zu gestalten und gleichzeitig sehr viel klarer auf die Grundprinzipien Subsidiarität, Bedürftigkeit und Reziprozität auszurichten.

## 10 Ausblick: „Die Gesellschaft von morgen“

Wie die Gesellschaft von morgen aussieht, hängt ganz entscheidend von dem zugrundeliegenden Leitbild ab. Das Roman Herzog Institut hat dazu bereits einigen Gedanken (vgl. Rodenstock, 2006; Hüther/Straubhaar, 2007) eine öffentlichkeitswirksame Plattform geboten. Anhand der Idee des Grundeinkommens kann diese Diskussion zukünftig weiter konkretisiert werden. Dabei geht es weder um die pauschale Ablehnung eines bedingungslosen Grundeinkommens noch um eine Grundsatzdebatte über die Hierarchie von Grundwerten (wie Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität usw.). Vielmehr geht es darum zu prüfen, welche Elemente eines Grundeinkommenskonzepts mit den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft kompatibel sind. Einige hier skizzierte Modelle (wie etwa das Konzept von Straubhaar) sind durchaus

marktkonform und können so ausgestaltet werden, dass kein zwangsläufiger Gegensatz zur Sozialen Marktwirtschaft besteht.

Ziel der hier angestoßenen Diskussion sollte es sein, herauszuarbeiten, welche Korrekturen unserer Wirtschafts- und Sozialordnung vor dem Hintergrund gesellschaftspolitischer Entwicklungen und mit Blick auf die Idee des Grundeinkommens erforderlich sind, um die Akzeptanz des Modells der Sozialen Marktwirtschaft in der Bevölkerung als Konzept einer Gesellschaft von morgen zu erhöhen. Welche Lösungen gibt es – angesichts des Dilemmas zwischen Gefühl/ Sehnsucht einerseits und Vernunft/Rationalität andererseits – für die Absicherung existenzieller Lebensrisiken? Mit der Grundeinkommensidee als Leitlinie ließe sich eine uferlose Diskussion vermeiden. Gleichzeitig könnte über konkrete Hindernisse auf dem Weg in das Paradies auf Erden oder nach „Utopia“ (Thomas Morus, 1516) diskutiert werden.

## Literatur

**Althaus**, Dieter, 2007, Solidarisches Bürgergeld: Ein Konzept für den Sozialstaat von morgen, Freistaat Thüringen, Erfurt

**Bofinger**, Peter / **Dietz**, Martin / **Genders**, Sascha / **Walwei**, Ulrich, 2006, Vorrang für das reguläre Arbeitsverhältnis: Ein Konzept für Existenz sichernde Beschäftigung im Niedriglohnbereich, Gutachten für das Sächsische Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Dresden

**Bonin**, Holger / **Schneider**, Hilmar, 2006, Workfare: Eine wirksame Alternative zum Kombilohn, IZA Discussion Paper, No. 2399, Bonn

**Brown**, Alessio J. G. / **Merkl**, Christian / **Snowder**, Dennis J., 2006, Comparing the Effectiveness of Employment Subsidies, Kiel Working Paper, No. 1302, Kiel

**Buchanan**, James M., 1975, The Limits of Liberty: Between Anarchy and Leviathan, Chicago/London

**Bundesrechnungshof**, 2008, Bericht nach § 99 BHO über die Organisation und Arbeitsweise der Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS), Bonn

**Bünnagel**, Vera / **Eekhoff**, Johann / **Roth**, Steffen J., 2006, Mit Schaffensdrang in Arbeit, vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (Hrsg.), München

**Enste**, Dominik H., 2002, Schattenwirtschaft und institutioneller Wandel: Eine soziologische, sozialpsychologische und ökonomische Analyse, Tübingen

**Enste**, Dominik H., 2008, Zwischen Gier und Moral: Eine Kritik an der Kritik der Marktwirtschaft, RHI-Diskussion, Nr. 6, München

**Esser**, Hartmut, 1991, Alltagshandeln und Verstehen, Tübingen

**Esser**, Hartmut, 1999, Soziologie: Allgemeine Grundlagen, Frankfurt am Main

**Fetchenhauer**, Detlef / **Fischer**, Lorenz, 2007, Zur Psychologie des Wohlfahrtsstaats, in: Wirtschaftspsychologie, 9. Jg., Nr. 4, S. 3–5

**Fetchenhauer**, Detlef / **Haferkamp**, Alexandra, 2007, Viel zu tun – Umriss einer Psychologie des Wohlfahrtsstaats, in: Wirtschaftspsychologie, 9. Jg., Nr. 4, S. 5–25

**Freistaat Thüringen**, 2007, Solidarisches Bürgergeld: sicher – sozial – frei. Ein Konzept für den Sozialstaat von morgen, Erfurt

**Fuest**, Winfried / **Pimpertz**, Jochen, 2006, Sozialschutz in Deutschland – empirische Bestandsaufnahme und methodische Probleme, in: IW-Trends, 33. Jg., Nr. 4, S. 3–16

**Hohenleitner**, Ingrid / **Straubhaar**, Thomas, 2007, Bedingungsloses Grundeinkommen und Solidarisches Bürgergeld – mehr als sozial-utopische Konzepte, Hamburg

**Hüther**, Michael / **Straubhaar**, Thomas, 2007, Plädoyer für ein Leitbild für Deutschland, RHI-Diskussion, Nr. 3, München

**Morus**, Thomas, 1516/1992, Utopia, Frankfurt am Main

**Rodenstock**, Randolf, 2006, Ethische Grundlagen einer gerechten Wirtschaftsordnung aus Sicht der deutschen Wirtschaft, RHI-Information, Nr. 1, München

**Schöb**, Ronnie / **Weiman**, Joachim, 2006, Arbeit ist machbar. Die Magdeburger Alternative: eine sanfte Therapie für Deutschland, Döbel

**Sinn**, Hans-Werner / **Holzner**, Christian / **Meister**, Wolfgang / **Ochel**, Wolfgang / **Werdning**, Martin, 2006, Aktivierende Sozialhilfe 2006: Das Kombilohn-Modell des ifo Instituts, in: ifo Schnelldienst, 59. Jg., Nr. 2, S. 6–27

**Sinn**, Hans-Werner / **Meister**, Wolfgang / **Ochel**, Wolfgang / **Werdning**, Martin, 2007, Reformkonzepte zur Erhöhung der Beschäftigung im Niedriglohnbereich: Ein Überblick, in: ifo Schnelldienst, 60. Jg., Nr. 4, S. 3–20

**SVR** – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 2006, Arbeitslosengeld II reformieren: Ein zielgerechtes Kombilohnmodell, Expertise im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft und Technologie, Wiesbaden

**SVR**, 2007, Das Solidarische Bürgergeld – keine Alternative zum heutigen Sozialstaat, in: Das Erreichte nicht verspielen, Jahresgutachten 2007/2008, S. 324–353

**Werner**, Götz, 2007, Einkommen für alle, Köln

**Wissenschaftlicher Beirat** beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, 2002, Reform des Sozialstaats für mehr Beschäftigung im Bereich gering qualifizierter Arbeit, BMWi-Dokumentation, Nr. 512, Berlin

## Der Autor

Dr. rer. pol. **Dominik H. Enste**, geboren 1967 in Arnsberg; Ausbildung zum Bankkaufmann; Studium der Volkswirtschaftslehre und der Soziologie in Köln, Dublin und Fairfax, Virginia; wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Wirtschaftspolitischen Seminar der Universität zu Köln und Lehrbeauftragter an der Fachhochschule Köln (1996–2001); Vorstandsassistent im Gerling Konzern (2001–2003); Lehrbeauftragter an der Europa Fachhochschule Fresenius (2004–2005); seit 2003 Referent und Projektleiter im Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Forschungsfeld „Rechts- und Institutionenökonomik/Wirtschaftsethik“; seit 2007 Dozent für Makroökonomik an der Universität zu Köln.

© 2008 ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.  
ISSN 1863-4834 / ISBN 978-3-9811571-8-5  
Herausgeber:  
ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.  
Max-Joseph-Straße 5  
80333 München  
[www.romanherzoginstitut.de](http://www.romanherzoginstitut.de)

Gestaltung und Produktion: edition agrippa, Köln · Berlin  
Fotos: caro, ddp, MEV, vario

**Die Studie ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich.**

